
2271/J-BR/2004

Eingelangt am 23.11.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Bundesräte Gumplmaier
und GenossInnen
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend Schließung von Postämtern

In den letzten Jahren wurden bereits mehr als ein Viertel aller Postämter Österreichs geschlossen, die Versorgungsqualität litt darunter zum Teil enorm. Dies, obwohl die Österreichische Post AG ein gewinnbringendes Unternehmen ist.

Trotz der Zusage der Bundesregierung, dass es keine weiteren Schließungen von Postämtern geben werde, ist seit einiger Zeit wieder davon die Rede, dass in Österreich insgesamt ca. 300 bis 350 Postämter stillgelegt werden. Dieser Schritt wäre weder betriebs- noch volkswirtschaftlich sinnvoll. Weitere Postamt-Schließungen würden die gesamte Post AG schwächen.

Sie persönlich, Herr Vizekanzler Gorbach, haben sich kürzlich wieder strikt gegen weitere Schließungen ausgesprochen (siehe Kronen Zeitung vom 10. November 2004). Wir fordern Sie auf, Ihr Wort zu halten und die Beibehaltung der derzeitigen Qualität der Postversorgung sicherzustellen.

Die unterzeichneten Bundesräte richten daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

Anfrage

1. In welchen Gemeinden konkret sollen Postämter geschlossen werden und anhand welcher Kriterien wurden diese festgelegt?

2. Nachdem sowohl Sie als auch die gesamte Bundesregierung die weitere Schließung von Postämtern ausgeschlossen haben, bietet die derzeitige gesetzliche Grundlage offensichtlich keine ausreichende Grundlage für die Regierung der Republik Österreich, sich hier durchzusetzen.

Wenn ja, welche Bestimmungen werden Sie so anpassen, dass Sie Ihre Zusage gegenüber der österreichischen Bevölkerung halten können?

Wenn nein, stehen Sie in diesem Fall auch offen zu Ihrer politischen Verantwortung für die weitere Postämter-Schließung und die damit verbundene Tatsache, dass dann zahlreiche weitere Gemeinden einen wichtigen Teil ihrer Grundversorgung verlieren und noch mehr Kleinstgemeinden praktisch ohne Infrastruktur dastehen?

3. Wie beurteilen Sie die Vorgangsweise des Postmanagements, nach der Benachrichtigung der Postamtsleiter über die geplante Schließung „ihres“ Postamtes noch ein Gespräch mit den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden zu führen mit dem Ziel, diese zu Zahlungen zu bewegen, mit denen eine Schließung eventuell noch abgewendet werden kann? Handelt es sich dabei nicht um einen äußerst unfairen Erpressungsversuch gegenüber ohnehin finanziell bereits ausgebluteten Gemeinden und hätten Sie als Vertreter des Eigentümers Republik Österreich nicht dagegen einschreiten müssen?
4. Wie kommentieren Sie jenes beiliegende Schreiben, in dem von der Post AG der Leiterin eines Kaufhauses in einer Gemeinde, in welcher es auch ein Postamt gibt, der Vertrieb von Briefmarken, Telefonwertkarten und sonstigen Postdiensten bei gleichzeitiger Gewährung großzügiger Provisionen angeboten wird? Teilen Sie meine/unsere Auffassung, dass dies nichts anderes darstellt als das gezielte Aushungern eines Postamtes durch die eigene Direktion?